
Günter Frech

Kooperation - Fusion - Konfusion

Zwischenbilanz der Organisationsreform der Gewerkschaften

Günter Frech, geb. 1952 in Karlsruhe, Schreinerlehre, Volontariat, lebt als freier Journalist in Hamburg; Schwerpunkte: Sozial- und Gewerkschaftspolitik.

Bei der Lektüre all der Texte, Papiere und Beiträge, die zum Thema „Organisationsreform“ vorliegen, war ich nahe daran, den Beitrag mit der Begründung „Eigentlich ist alles schon gesagt und auf Journalisten (oder Wissenschaftler) wird in Vorstandsverwaltungen sowieso nicht gehört“, zurückzuziehen. Dann wurde ich während der Recherche mit folgendem Szenario konfrontiert: Angenommen, der Oetker-Konzern - eine Domäne der Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten (NGG) - beschließt, sich am Mobilfunkgeschäft zu beteiligen — darf dann die NGG diese Beschäftigten organisieren, oder ist die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) zuständig?

Mit in Gewerkschaftskreisen seltener Offenheit haben mir gegenüber der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, und Michael Sommer vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der DPG ihre Vorstellungen von einem reformierten DGB dargelegt, aber auch immer wieder die Grenzen des Machbaren (und die damit verbundenen Schwierigkeiten) aufgezeigt und dabei keineswegs die eigene Organisation geschont. Auch in der Gewerk-

schaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), in der IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK), der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowie der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (BAU) bin ich auf kompetente Gesprächspartner gestoßen, die bereit waren darüber zu reden, wie die Gewerkschaftslandschaft im Jahre 2000 aussehen könnte. Über die Vorstellungen der Gewerkschaft Textil - Bekleidung (GTB), IG Metall (IGM) und der Gewerkschaft NGG kann dagegen hier nur spekuliert werden. Nicht berücksichtigt in der Recherche sind zudem die IG Bergbau und Energie und die Gewerkschaft Leder, die ja bekanntlich ab nächstem Jahr zusammen mit der IG Chemie-Papier-Keramik die IG Bergbau-Chemie-Energie (IG BCE) bilden; ebenso die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die als einzige berufsnahe Gewerkschaften innerhalb des DGB eine hohe Mitgliederidentität haben und sich an Fusionsdebatten nicht beteiligt haben. Wobei es zwischen GEW und IG Medien eine Gemeinsamkeit gibt: Bildungspolitik ist ebenso wie Kulturpolitik Ländersache - eine wechselseitige Vertretung sei durchaus denkbar, sagen die Vorsitzenden.

Dieser Beitrag sollte am Freitag, den 13. September in der Redaktion vorliegen - dem Tag, an dem Helmut Kohl seine Kanzlermehrheit für die Gesetze bekam, die im sogenannten Programm für Wachstum, Standortsicherung und Beschäftigung zusammengeschürt sind. Es mußte um Aufschub gebeten werden, da in der entscheidenden Woche davor nicht nur auf der Bonner Bühne Wegweisendes geschah: Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) kündigte den Kooperationsvertrag mit der IG Medien und machte zuvor der NGG ein Angebot zur „weitreichenden Zusammenarbeit“. Gleichzeitig meldete die Deutsche Presseagentur, die IG Metall könne sich unter Einschluß der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) und der Postgewerkschaft (DPG) eine „IG Metall-Logistik-Kommunikation“ vorstellen.

Mittlerweile klingt es wie eine Beschwörungsformel und zieht sich wie ein roter Faden durch alle Papiere, die von den Organisationsabteilungen der Mitgliedsgewerkschaften oder vom DGB erstellt wurden: Unter den veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen müssen sich DGB und Mitgliedsgewerkschaften organisationspolitisch so verändern, daß sie in den bestehenden wie auch in den Zukunftsbranchen durchsetzungs- und gestaltungsfähig werden. Dazu heißt es im „Hattinger Reformbeschluß“ des DGB-Bundesvorstandes vom Januar 1992: „Die organisatorische Reform zielt ab auf die Stärkung des Dachverbandes und auf effektive Formen der Arbeitsteilung und der Kooperation zwischen dem DGB und den Mitgliedsgewerkschaften sowie zwischen den Gewerkschaften.“ Auf dem 15. Bundeskongreß im Juni 1994 fragte IG-Medien-Vorsitzender Detlef Hensche: „Wäre der DGB intakt, müßten wir dann zusätzlich kooperieren?“

Der langsame Tod der fünf kleinen Tiger

Beim Besuch in der Hauptverwaltung der DPG fragte mich Michael Sommer, wann der Beitrag erscheine, zur Zeit sei „alles im Fluß" und mitunter fließe das Wasser beängstigend schnell. Bekanntlich erklärte IG-Metall-Chef Klaus Zwickel auf dem Gewerkschaftstag im vergangenen November in Berlin, die Republik werde mittel- bis langfristig mit drei Industriegewerkschaften sowie einer des öffentlichen Dienstes und einer des privaten Dienstleistungsgewerbes auskommen. Kurz zuvor - im Oktober 1995 - hatten die Vorstandssekretäre der „fünf kleinen Tiger", der Gewerkschaften GHK, GTB, HBV, NGG und IG Medien, ein Papier vorgelegt, in dem ein neues DGB-Bewußtsein gefordert wurde.¹ In diesem Papier bemängelten die Autoren, daß sich die Organisationsdebatte auf zwei Bereiche konzentriere: den Rechtsschutz und die Definition der Organisationsbereiche. Festgehalten wird, daß die heutige Organisationsstruktur des DGB im wesentlichen die Wirtschaftsstruktur der vierziger Jahre widerspiegele. Als Folge der veränderten Branchenstrukturen werden wachsende Abgrenzungskonflikte ausgemacht, die sich in der Ausweitung der satzungsgemäßen Zuständigkeitsbereiche der Gewerkschaften niederschlagen. „Gewerkschaftskannibalismus" nennt das der Hattinger Kreis.²

Mit ihrer Forderung nach weitreichenden Reformen - eine sinnvolle Organisationsreform im DGB müßte es auch ermöglichen, bisherige Gewerkschaften zu teilen, um zu insgesamt vernünftigen neuen Branchenstrukturen zu kommen - rührten die Vorstandssekretäre an ein Tabu. Sie gingen aber noch einen Schritt weiter: Da die heutigen Organisationsstrukturen nicht in der Lage seien, die wachsende ökonomische Dynamik einzufangen, muß das künftige Organisationskonzept des DGB darauf beruhen, daß eine Mitgliedschaft nicht mehr bei den Einzelgewerkschaften, sondern beim DGB selbst begründet wird. Dieses wiederum ging hauptsächlich den Vorstandssekretären von IG Metall und IG Chemie zu weit. Unisono wurde unterstellt, die „Tiger" hätten es auf die Beitragskassen der Großen abgesehen.³

Unterdessen wollte man im Kreis der kleinen Gewerkschaften nicht abwarten, bis das neue DGB-Bewußtsein Früchte trägt. Der Hauptvorstand der HBV legte im Februar seine Vorstellungen für eine Organisationsreform in dem Positionspapier „Für einen Verbund der Gewerkschaften im Dienst-

1 Wir brauchen ein neues DGB-Bewußtsein. Die Fusion zu „Großgewerkschaften" ist kein „Königsweg"/ Fünf kleine Gewerkschaften plädieren für eine Organisationsreform ohne Tabus, in: Frankfurter Rundschau, 24. Oktober 1995. Die Autoren - Frank Schmidt (GHK), Wolfgang Rose (GTB), Norbert Trautwein (HBV), Burchard Bösch (NGG) und Gerhard Kirchgäßner (IG Medien) - haben darauf hingewiesen, daß es sich hierbei um ein „Denkmodell" der Vorstandssekretäre handelt, welches ohne Beteiligung der jeweiligen Gremien entstanden sei.

2 Heinrich Epskamp u. a., Schafft den DGB ab!, in: GMH 1/92.

3 Siehe hierzu Die Quelle 12/1995: Unter der Sammelüberschrift „Segeln unter falscher Flagge" finden sich Einzelbeiträge von Klaus Lang für die IGM, Franz Fuchs für ÖTV, Seppel Kraus für die IG Chemie und Bernd Schutt für die (damals noch) IG Bau-Steine-Erden.

leistungssektor" vor:⁴ Grundsätzlich befürwortet die HBV immer noch die Konzeption eines grundlegend veränderten DGB, sieht aber angesichts der kritischen Stellungnahmen derzeit keine Realisierungsmöglichkeit. Mit allen von der Tertiärisierung der Wirtschaft betroffenen Gewerkschaften strebt die HBV eine wirkungsvolle Zusammenarbeit an, um zu konkreten Vereinbarungen und Zielkonzeptionen zu kommen. Ohne organisationspolitische Scheuklappen soll eine optimale Struktur für gewerkschaftliche Interessenvertretung gefunden werden.

Ebenfalls im Februar machte der Geschäftsführende Hauptvorstand der GTB der NGG ein förmliches Fusionsangebot.⁵ Ziel sollte eine „Gewerkschaft Konsum- und Gebrauchsgüter“ sein. Rund drei Monate beschäftigten sich die Gremien beider Gewerkschaften mit diesem Vorhaben. Bis kurz vorher beschworen sowohl der GTB-Vorsitzende Willi Arns wie auch NGG-Vorsitzender Franz-Josef Möllenberg in Zeitungsartikeln und Interviews die Eigenständigkeit ihrer Organisationen. Umworben wurden beide Gewerkschaften zudem seit längerer Zeit von der IG Chemie. Im Zuge ihrer Fusionsstrategie hieß es immer wieder, für weitere Gewerkschaften stehe die Tür weit offen. „Es wird viel herumtelefoniert, und jeder redet mit jedem, man trifft sich und lotet aus“, sagt IG-Chemie-Sprecher Michael Denecke. Da die IG CPK nach dem Industriegruppenprinzip organisiert sei, könne man sich gut vorstellen, sowohl die GTB wie auch die NGG in dieses System zu integrieren, ohne daß es zu Reibungsverlusten komme. Es kam aber alles ganz anders.

Es wächst nicht immer zusammen, was zusammengehört

Am 9. Juli dieses Jahres verkündete der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der GTB in der Frankfurter IG-Metall-Zentrale, daß die GTB mit der IGM fusionieren möchte. Dies sei für die IGM ein ganz besonderes Ereignis. „Beide Organisationen verfolgen das Ziel, den formellen Übertritt der Mitglieder der GTB zur IG Metall zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu verwirklichen“ sagte Zwickel. Somit ist dieses eigentlich keine Fusion im klassischen Sinne, sondern eine Übernahme der Mitglieder. Der Name GTB wird ein für alle Mal gelöscht; die Art und Weise, wie hierbei vorgegangen wurde, läßt für die Spekulation

4 Positionspapier des Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV zur Organisationsreform im DGB: Für einen Verbund der Gewerkschaften im Dienstleistungssektor, herausgegeben vom Hauptvorstand der HBV in Düsseldorf; Frankfurt/M., 15. Februar 1996, siehe auch Handelsblatt, 19. Februar 1996: HBV sucht Schulterschluß im tertiären Sektor.

5 Handelsblatt, 7. Februar 1996: Neue Fusionspläne im DGB; siehe auch Die Quelle 3/1996: Kommt die dritte Fusion? —hier unterlief der Redaktion der Quelle einen Zählfehler, es wäre die vierte Fusion gewesen: 1985 schlossen sich die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst zur IG Medien zusammen. Im Laufe des Jahres 1995 beschlossen die Gewerkschaftstage der IG Chemie-Papier-Keramik, der Gewerkschaft Leder und der IG Bergbau und Energie die Auflösung ihrer Organisationen und den Übergang zur IG Bergbau-Chemie-Energie (IG BCE). im Juni 1996 wurde die gemeinsame Satzung beschlossen, im September 1997 findet der erste Gewerkschaftstag statt. Anfang des Jahres schloß sich die IG Bau-Steine-Erden mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) zur IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) zusammen.

Raum, daß die GTB „abgewickelt“ wird. Auf jeden Fall wurde durch diesen Schritt der Tod der kleinen Tiger eingeleitet.

„Ein Zusammenwachsen dieser beiden Organisationen mag ihnen vom Produkt her eigenartig erscheinen“ sagte IGM-Chef Zwickel bei der Bekanntgabe der Fusion. Bei genauerem Hinsehen jedoch, fuhr er fort, sei festzustellen, daß ein erheblicher Teil der Beschäftigten der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie mittlerweile in der Automobil-Zulieferindustrie tätig sei, wo sie Matten, Autohimmel, Gurte und Sitzbezüge fertigen. In der Tat: von den 215 000 in der GTB organisierten Menschen arbeiten ungefähr 14 000 in den von Zwickel angesprochenen Bereichen. Eine Pikanterie am Rande: Anfang des Jahres entschied das DGB-Schiedsgericht über ein Begehren der IGM, diesen Bereich bei ihr zu organisieren, zugunsten der GTB.

Mitte Juni des vergangenen Jahres sagte die HBV-Vorsitzende Magret Mönig-Raane auf dem gesellschaftspolitischen Forum der IG Metall in Alsfeld: „Wir müssen gemeinsam den DGB so reformieren, daß er sich dynamisch an den gesellschaftlichen Strukturwandel anpassen kann und innovativ genug ist, die Kräfte der gegenseitigen Konkurrenz, der kriegerischen Landnahme und des sich auf Kosten des anderen retten, zwischen den Mitgliedsgewerkschaften zu bändigen.“ Hier wurde erstmals der Stein der „direkten Mitgliedschaft“ ins Wasser geworfen und zog keine Kreise. Als Mönig-Raane dann aber sagte, der Standpunkt, die Konzernzugehörigkeit entscheide über die Zuständigkeit einer Gewerkschaft, sei weder produktiv noch tragfähig, erntete sie vehementen Widerspruch. Früher hieß die eiserne Regel „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“, nun wird sie auf „Ein Konzern - eine Gewerkschaft“ ausgedehnt. Nach dieser Logik sind die Beschäftigten im oben erwähnten Oetker-Konzern bisher falsch organisiert. Da Oetker auch über eigene Reedereien verfügt und an mehreren anderen beteiligt ist, hat hier heute selbstverständlich die ÖTV das Sagen. Da wo Oetker über Finanzdienstleistungsunternehmen verfügt, ist die HBV federführende Tarifpartnerin, ebenso in den Handelsgesellschaften.

Um das Problem deutlich zu machen, ein aktuelles Beispiel: Die Bahn AG läßt nicht nur Züge fahren, und bei Mannesmann wird nicht nur Stahl gewalzt. Mit ihrer 6 500 Beschäftigte zählenden Tochter DBKom beteiligt sich die Bahn auch am Telekommunikationsmarkt. Die Mannesmann-Tochter Eurokom erwarb vor kurzem eine Beteiligung von 49,8 Prozent an der DBKom. Neben der Eurokom - sie kooperiert auf internationaler Ebene mit dem US-Telefongiganten AT&T - ist der Düsseldorfer Stahlriese mit Mannesmann Mobilfunk bereits in der gewinnträchtigen Telekommunikationsbranche aktiv und betreibt das erfolgreiche Mobilfunknetz D2. Bei der strategischen Allianz zwischen Bahn und Mannesmann geht es um die profitable Nutzung des bahneigenen Telefonnetzes - mit 41 000 Kilometern das zweitgrößte nach der Telekom, die über 110 000 Kilometer Leitung verfügt. Hier sind also drei Gewerkschaften betroffen.

Zukunftsbranche Multimedia - noch fast gewerkschaftsfrei

Folgerichtig dachte Klaus Zwickel Mitte September laut nach und sagte bei einem Pressegespräch, er könne sich unter Mitwirkung der GdED und DPG eine „IG-Metall-Logistik-Kommunikation“ vorstellen. Michael Sommer reagierte auf entsprechende Agenturberichte sofort und sagte, sollten sie zutreffen, störten sie nachhaltig die Kooperationsgespräche, und im übrigen stehe die DPG für ein solches Vorhaben nicht zur Verfügung. Die Pressestelle der IG Metall reagierte ebenfalls prompt und erklärte, es handele sich lediglich um ein Denkmodell des Vorsitzenden. Sehr wohl sei man in der IGM davon überzeugt, daß sich die Gewerkschaftslandschaft verändern müsse. Die IG Metall sei für sich allein überlebensfähig, es werde bezweifelt, daß es andere Gewerkschaften auch seien.

Der IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche stört sich daran, daß innerhalb der Gewerkschaften die Fusions- oder Kooperationsdebatte überwiegend unter finanziellen Gesichtspunkten geführt wird. „Ich halte das für sehr gefährlich“ sagt er und weist Spekulationen über die angebliche Pleite der IG Medien zurück. Seine Gewerkschaft habe eine stabile Beitragsstruktur, und zahle im übrigen den höchsten Pro-Kopf-Beitrag an den DGB. Dennoch sei man mit der „defensiven Konsolidierungsstrategie“ allmählich am Ende. Durch gezielte Maßnahmen sollen neue Mitglieder geworben und so dem gegenwärtigen Mitgliederschwund Einhalt geboten werden. Henschens Credo ist nach wie vor die politische und organisatorische Eigenständigkeit der IG Medien. Wenn schon Organisationsreform, dann die der „großen Schritte“, deshalb hält Hensche am Modell der „direkten Mitgliedschaft“ fest, auch wenn es derzeit nicht mehrheitsfähig ist. In Kooperation mit anderen Gewerkschaften sollen, um Kosten zu sparen, womöglich einzelne administrative Sektoren zusammengelegt werden. Gedacht ist an eine Ausgliederung der Rechtsabteilung in einen Pool, an dem sich mehrere Gewerkschaften beteiligen. Ebenso kann sich Hensche im Bereich „Beratung und Service“ die Nutzung spezieller Einrichtungen im Verbund mit anderen Gewerkschaften vorstellen. Betriebsräte hätten heutzutage sehr differenzierte Ansprüche an Beratung und Unterstützung. Hierzu brauchten sie qualifizierte Hilfestellung, die sie von Gewerkschaften oft nicht bekommen, sagt Hensche. Nicht nur in der IG Medien müsse man sich vom „Einheitsbild des Gewerkschaftssekretärs, der alles kann“, verabschieden. Das könne unter Umständen auch eine gravierende Veränderung der Apparate bedeuten.

Neben diesem eher nach innen gerichteten Problemfeld schwebt Hensche für das „harte“ Politikfeld - unter Einschluß von Mitgliedergewinnung und Tarifpolitik - ein „Kommunikationsverbund“ für die aufkommende Multimediabranche vor. Zuständigkeiten ordnet er so ein: Für die Geräte ist die IG Metall, für die Netze die DPG und für die Inhalte die IG Medien zuständig. Hierin ist sich Hensche mit Michael Sommer einig: entlang dieser neuen Wertschöpfungskette gibt es noch jede Menge gewerkschaftsfreie Bereiche. Ein erster Schritt in die Richtung Kommunikationsverbund ist der kürzlich

abgeschlossene Kooperationsvertrag zwischen DPG und IG Medien, der von beiden Gewerkschaften als der „inhaltlich am weitesten entwickelte“ aller bisher bekannten Kooperationsverträge von Gewerkschaften bezeichnet wird. Für das Projekt „Multimedia und Arbeitswelt“ wurde in der Frankfurter Hauptverwaltung der DPG ein gemeinsames Büro eingerichtet, in dem Sekretäre beider Gewerkschaften zusammenarbeiten. Alle Unternehmen dieser Branche sollen erfaßt und die gewerkschaftliche Betreuung intensiviert werden. Als Beispiel für die Überschneidungen wurden die Multimedia-Betriebsgesellschaften für das digitale Fernsehen genannt, in denen sich ARD, ZDF, Bertelsmann, Canal plus, RTL und die Telekom zusammengeschlossen haben.

In einem weiteren Projekt wurde vereinbart, die Kooperation der Post AG mit Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen gewerkschaftlich zu begleiten. In vier Pilotbezirken will die Post AG die Zustellung von Info-Post den Vertriebsgesellschaften der Verlage übertragen. Hierin sieht Hensche die Gefahr, daß durch Dumping-Bedingungen Arbeitsplätze bei der Post verloren gehen - Zeitungsausträger arbeiten in der Regel bei Tochtergesellschaften der Verlage, zu einem nicht geringen Teil unterhalb der „Geringfügigkeitsgrenze“. DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren erinnerte bei der Vorstellung des Kooperationsvertrages daran, daß es zwischen DPG und IG Medien schon seit Jahren bei der Bundesdruckerei eine erfolgreiche Zusammenarbeit gibt - gewerbliche Arbeitnehmer sind in der IG Medien und Angestellte in der DPG organisiert. Hier hat man sogar gemeinsame Streikerfahrung.

Übereinstimmend beteuern Hensche und Sommer, daß sich die neuen Kommunikationstechniken ohne Rücksicht auf Gewerkschaftssatzungen entwickeln. Dezentralisierung, die Auflösung betrieblicher Arbeitsfelder, grenzüberschreitende Allianzen und das Entstehen neuer, freiberuflicher Tätigkeitsfelder zwingen geradezu zu gewerkschaftsübergreifenden Aktivitäten. Wechselseitig könne man von den Erfahrungen beider Gewerkschaften partizipieren. So könne beispielsweise die IG Medien ihre Erfahrung in der Organisation von freien Journalistinnen und Journalisten weitergeben. Was freie Journalisten schon lange tun, kommt verstärkt auf die DPG zu: Teleheimarbeit. Hier ist es gelungen, mit der Telekom in einem Pilotversuch einen ersten Tarifvertrag abzuschließen. Multimediale Begehrlichkeiten gibt es auch bei der HBV Im Ruhr- und Rhein-Main-Gebiet wurde gerade eine Mitgliederkampagne zur Organisation von Beschäftigten in der Softwareherstellung initiiert.

Logik und Gewerkschaften - ein ungleiches Paar?

Michael Sommer macht in dem Gespräch deutlich, daß vieles für das Organisationsmodell der Tiger spreche. Leider sei es aber so, daß in den Gewerkschaften am allerwenigsten nach der Logik eines Sachverhaltes gefragt werde. Für ihn sei die alles entscheidende Frage: Wie steht es mit der Durchsetzungskraft und der Mitgliedernähe? Nach diesen Grundsätzen sei das

Zwickel-Modell wenig logisch. Auch beinhalte es, daß unter Umständen bei der Neuordnung Gewerkschaften zerschlagen werden. Wer aber die DPG als Teilungsmasse betrachte, mache das Spiel ohne die Mitglieder.

Das Sich-wechselseitig-unter-die-Gürtellinie-Schlagen beim Werben neuer Mitglieder bezeichnet Sommer als „Gewerkschaftsimperialismus“, den man schnellstens stoppen müsse. Für ihn steht fest, daß über Kooperation, aber auch über Nicht-Kooperation langfristig eine neue Gewerkschaftslandschaft entstehen wird. Diese Neuordnung kann nach seiner Ansicht nur mit und durch die Menschen über die Bühne gehen. Detlef Hensche - er gehört immerhin zur Spezies der fusionserfahrenen Gewerkschafter - macht deutlich, daß die Nähe der Gewerkschaft zum Beruf eine identifikationsstiftende Wirkung auf die Mitglieder habe: „Hätten wir das Fachgruppenprinzip mit seinem hohen Grad an Autonomie nicht, wir müßten es wohl erfinden.“

Da in diesem Land fast alles der Deutschen Bank gehört und nach Meinung vieler Sachkenner die Politik sowieso von ihr gemacht wird, müßten zugespitzt formuliert eigentlich alle Gewerkschaftsmitglieder der FCBV angehören. Organisationssekretär Albert Rozsai bekräftigt, daß die Zielorientierung der HBV nach wie vor eine private Dienstleistungsgewerkschaft sei. Der „Verbund der Dienstleistungsgewerkschaften“ war als Zwischenlösung innerhalb eines längeren Prozesses gedacht, da es aber hier zu Widerständen aus den Industriegewerkschaften gekommen sei, wurde davon wieder Abstand genommen. Das Projekt „private Dienstleistungsgewerkschaft“ — eigentlich auf der Linie von Klaus Zwickel - scheint momentan das umstrittenste zu sein. Wo ist die Trennschärfe zu öffentlichen Dienstleistern? fragt ÖTV-Organisationssekretär Franz Fuchs und führt als Beispiel städtische und private Krankenhäuser an.⁶

Bis diese Fragen geklärt sind, und weil es mit der NGG Branchenüberschneidungen gibt, will man in der HBV ausloten, was unter einem Dach möglich ist. Das Angebot einer engeren Zusammenarbeit habe bereits deutliche Konturen, sagt Rozsai. Auf fünf Feldern will man zusammenarbeiten: gemeinsame Zeitung, innergewerkschaftliche Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsangebote und EDV. Unter Beibehaltung der Brancheneigenständigkeit wird perspektivisch eine Fusion nicht ausgeschlossen - Wunschvorstellung ist die Einbeziehung der DAG. Nach dem Flop mit der GTB ist die Vorsicht bei der gefundenen Sprachregelung verständlich, man möchte wohl auch die Gremien nicht überfordern. Über politische Minenfelder - diese könnten beispielsweise im weiten Feld der genmanipulierten Lebensmittel liegen - wurde sich bisher noch nicht verständigt. Hier hat sich die NGG eher der Position der IG Chemie und der Multis wie Nestle und Unilever angenähert, während man bei der HBV die Entwicklung eher skeptisch betrachtet und auch im Verband des Lebensmitteleinzelhandels einen

⁶ Mit der Trennschärfe öffentlicher und privater Dienstleistungen und dem „Zwickel-Modell“ setzt sich ein Beitrag der Vorstandssekretäre der TIGER auseinander: DGB-Organisationsreform: Auch Grundentscheidungen ohne Tabu diskutieren, in: GMH 1/1996.

Verbündeten hat.⁷ Von der NGG war zu erfahren, daß das HBV-Angebot „freundlich geprüft“ werde.

Was geschieht mit dem Rest?

Bleiben noch die IG BAU und die GHK. So wie es zur Zeit aussieht, dürften diese beiden Gewerkschaften über kurz oder lang fusionieren. Bei der IG BAU will man nichts überstürzen, da die „Übernahme“ - manche sprechen von einer klassischen „Insolvenzfusion“ - der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) noch nicht verkraftet ist. Der Beirat der GHK berät am 25. September 1996 über eine Empfehlung an den Gewerkschaftstag 1997. Neben der IG BAU hat auch die IG Metall ihr Interesse an der GHK bekundet - ihre Begründung lautet ähnlich wie bei der GTB: Einige wenige Beschäftigte in GHK-Betrieben fertigen für die Automobilindustrie Türinnenverkleidungen und Hutablagen, in einer Firma im Badischen werden gar Armaturenbretter aus Holz für eine Nobelkarosse hergestellt. Allerdings formieren sich in der GHK bereits Kräfte, die die organisatorische und politische Eigenständigkeit - komme was wolle - aufrecht erhalten wollen. Ganz andere Sorgen plagten den Vorsitzenden Gisbert Schlemmer. Sollte sich das „Zwickel-Modell“ durchsetzen, sieht er die Gefahr, daß sich über kurz oder lang „Richtungsgewerkschaften“ herausbilden: um die IG Chemie die „Sozialpartner“, um die IG Metall die „Gegenmachtsfraktion“ und um die IG BAU ein eher gemäßigter „Ökoblock“. Schlemmer sieht so die gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht gefährdet. Je nach Gefechtslage könnten sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bzw. die private Dienstleistungsgewerkschaft an den ein oder anderen Block anhängen.

Was treibt aber gerade die kleinen Gewerkschaften in diese „Fusionshysterie“? Wenn die IG Medien - der ja nachgesagt wird, sie habe „das letzte Tafelsilber verstreikt“ - glaubt, aus eigener Kraft überlebensfähig zu sein, müßten es andere Gewerkschaften auch sein. Sowohl die NGG wie auch die GTB weisen ein beachtliches Vermögen auf, und selbst die HBV legt nach drei turbulenten Jahren nun bereits im zweiten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vor.

Zum einen zwingen die Belastungen aus der Unterstützungskasse, der betrieblichen Altersversorgung der Gewerkschaften und der gewerkschaftsnahen Unternehmen, die Gewerkschaften zum Handeln - „Können wir sie beherrschen oder beherrscht sie uns?“ wird in einem Papier zur Situation der gewerkschaftlichen Unterstützungskasse gefragt; die Zahlen über die angebliche Deckungslücke schwanken zwischen 400 und 700 Millionen Mark -, und zum anderen geht die Angst umher, den Rechtsschutz - bisher die verbind-

⁷ Siehe hierzu Günter Frech, in: Junge Welt, 18. März 1996: Kompromiß mit Ketchup - Wie sich die Gewerkschaft NGG Stück für Stück von der Gentech-Lobby für den Standort Deutschland fitmachen läßt; sowie zur Position der HBV: Ö.K.ologisch - hbv-informationen zum betrieblichen Umweltschutz 1/1996, herausgegeben vom Umweltberatungsbüro der HBV in Berlin.

dende Klammer der Mitgliedsgewerkschaften zum DGB - in Zukunft in eigener Regie organisieren zu müssen. Dem Dresdener Kongreß liegt hierzu ein Antrag der IG Chemie vor, wonach Rechtsschutz in Zukunft originär zu den Betreuungsaufgaben der Einzelgewerkschaften gehören soll. Hubertus Schmoldt kündigte an, daß die IG Chemie dies auf jeden Fall verwirklichen wolle und dann auch die 12 Prozent Mitgliedsbeitrag an den DGB zur Disposition stünden. Ebenso liegen dem ÖTV-Gewerkschaftstag, der Anfang Oktober in Stuttgart stattfindet, zehn Anträge vor, in denen der Verbleib des Rechtsschutzes bei der ÖTV und eine entsprechende Senkung der DGB-Beiträge gefordert wird. Die Antragsberatungskommission empfiehlt „Annahme als Material an den Hauptvorstand“ - normalerweise eine „Beerdigung erster Klasse“ - in diesem Fall kann es auch das Offenhalten einer Option sein.

Als (vorläufiges) Resümee bleibt, was Lehrende und Studierende am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin um den Politologen Bodo Zeuner in einem Seminar über den DGB-Programmentwurf festgehalten haben: Die Bedeutung des DGB als Träger und Initiator gewerkschaftlicher Zielsetzungen ist seit den fünfziger Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Es wird festgestellt, daß die wiederholten Forderungen der kleinen Gewerkschaften nach einer Stärkung des DGB - zuletzt die direkte Mitgliedschaft beim DGB - „von den Großen zugunsten ihrer eigenen Fusionsstrategien zurückgewiesen“ werde, „um ihre Vertretungsansprüche gegenüber den Bruder- und Schwestergewerkschaften zu erweitern“.⁸

Die eingangs aufgeworfene Frage, wie die Gewerkschaftslandschaft wohl im Jahre 2000 ausschauen mag, läßt sich somit mit letzter Bestimmtheit nicht beantworten - die Richtung scheint aber vorbestimmt. Aufschluß könnte der Entschließungsantrag „Zur organisatorischen Modernisierung des DGB“ geben, der dem außerordentlichen Bundeskongreß des DGB im November in Dresden zur Beratung vorhegt. Unter anderem heißt es darin: „Fusionen sind ebenso wie Kooperationen mit verbindlichen Zielen auf definierten Aufgabenfeldern geeignete Wege, um gemeinsame gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit zu erhöhen.“⁹

Als Krönung enthält diese Entschließung die Aufforderung an die Mitgliedsgewerkschaften, ihre Satzungen dahingehend zu ändern, daß Veränderungen der fachlichen Zuständigkeit nur nach Anmeldung beim und Genehmigung durch den DGB-Bundesausschuß rechtskräftig werden können. Wohlgermerkt: Dies ist keine Verpflichtung sondern lediglich ein Appell. Ebenso wird empfohlen, die Satzungen so zu ändern, daß die Verbindlichkeit des Schiedsverfahrens festgeschrieben wird. Mit Logik darf man Gewerkschaften nicht kommen. Ob die Interessen der Funktionäre immer mit denen der Mitglieder kompatibel sind, darf unter den gegebenen Umständen bezweifelt werden. Solange die Struktur- und Organisationsdebatte von

⁸ Michael Fichter u. a., Programm der Beliebigkeit, in: GMH 4/1996.

⁹ Frankfurter Rundschau, 9. August 1996, Dokumentation.

hauptamtlichen Funktionären unter dem Gesichtspunkt „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß“ geführt wird, bleibt vieles Sinnvolle auf der Strecke. Die Folge: Ehrenamtliche Funktionäre ziehen sich immer mehr zurück oder mauern sich in ihren Betrieben ein - ein neuer Betriebssyndikalismus entsteht. Das „Tiger-Modell“ hätte demgegenüber in der Tat viele Vorteile - allerdings müßten einige auf ein wenig Macht verzichten.